



Amtsblatt

Regierung von Niederbayern

Nr. 2

Freitag, 4. Februar 2011

51. Jahrgang

Allgemeine Angelegenheiten der Verwaltung

Hinweis des Herausgebers..... S. 25

Kommunalverwaltung

Zweckverband Verkehrslandeplatz Passau-Vilshofen;

Änderung der Verbandssatzung S. 25

Kommunalunternehmen Abfallwirtschaft Donau-Wald, Anstalt des öffentlichen Rechts;

Kostensatzung S. 26

Naturschutz

Verordnung zur Änderung der Verordnung über das „Landschaftsschutzgebiet Bayerischer Wald“

Vom 13. Dezember 2010 S. 28

Verordnung zur Änderung der Verordnung über das „Landschaftsschutzgebiet Bayerischer Wald“

Vom 15. Dezember 2010 S. 28

Schulwesen

Verordnung über die Volksschulorganisation in

- der Stadt Straubing und in den Gemeinden Aiterhofen und Feldkirchen, Landkreis Straubing-Bogen

Vom 12. Januar 2011, Nr. 44-5101-40 S. 31

- den Märkten Fürstenzell, Ortenburg, Ruhstorf a. d. Rott und der Gemeinde Neuburg a. Inn, Landkreis Passau

Vom 14. Januar 2011, Nr. 44-5103/160-1 S. 31

- den Märkten Aidenbach, Hofkirchen, Ortenburg und Windorf, den Städten Bad Griesbach i. Rottal und Vilshofen, den Gemeinden Aldersbach, Beutelsbach und Haarbach, Landkreis Passau, der Gemeinde Eggldham, Landkreis Rottal-Inn, und der Gemeinde Künzing, Landkreis Deggendorf

Vom 18. Januar 2011, Nr. 44-5106-6 S. 32

Allgemeine Angelegenheiten der Verwaltung

Hinweis des Herausgebers

Dieser Ausgabe des Regierungsamtsblattes liegt das Inhaltsverzeichnis Jahrgang 2010 bei.

Kommunalverwaltung

Zweckverband Verkehrslandeplatz Passau-Vilshofen; Änderung der Verbandssatzung

Bekanntmachung vom 18. Januar 2011,
Nr. 12-1444.803-39

Der Zweckverband Verkehrslandeplatz Passau-Vilshofen hat durch Beschluss der Verbandsversammlung vom 17. November 2010 seine Verbandssatzung geändert.

Gemäß Art. 48 Abs. 3 in Verbindung mit Art. 21 Abs. 1 des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit

(KommZG) wird die Änderungssatzung nachstehend bekannt gemacht.

Landshut, 18. Januar 2011
REGIERUNG VON NIEDERBAYERN

Heinz Grunwald
Regierungspräsident

HERAUSGEBER, VERLAG und DRUCK:
Regierung von Niederbayern, Postfach, 84023 Landshut, Tel. (08 71) 8 08 - 01

ERSCHEINUNGSWEISE und BEZUGSBEDINGUNGEN:
Erscheint 3-wöchentlich. Abonnement durch den Herausgeber. Preis halbjährlich 18 Euro.
Einzelnummer 1,50 Euro zuzüglich Versandkosten. Der Bezug des Amtsblattes kann 4 Wochen vor dem 30.06. oder 31.12. eines jeden Jahres gekündigt werden.
Einzelhefte nur durch den Herausgeber.

Die Satzung des Zweckverbandes Verkehrslandeplatz Passau-Vilshofen vom 2. Januar 2008 (veröffentlicht im Amtsblatt der Regierung von Niederbayern vom 8. Februar 2008, Nr. 2) wird wie folgt geändert:

**§ 1
Verbandswirtschaft**

**III.
Verbandswirtschaft**

**§ 17
Anzuwendende Vorschriften**

¹Für das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen gelten, soweit in der Verbandssatzung nichts anderes bestimmt ist, die Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung (EBV). ²Abweichend von § 19 EBV ist der Verbandsvorsitzende und die Verbandsversammlung halbjährlich über die Abwicklung des Vermögens- und Erfolgsplanes schriftlich zu unterrichten. ³Auf die ortsübliche Bekanntmachung des Beschlusses über die Feststellung des Jahresabschlusses gem. § 25 Abs. 4 EBV wird verzichtet.

**§ 2
Inkrafttreten**

Die Satzung tritt zum 1. Januar 2011 in Kraft.

Passau, 17. November 2010
ZWECKVERBAND VERKEHRSLANDEPLATZ
PASSAU-VILSHOFEN

Franz Meyer
Landrat
Verbandsvorsitzender

**Satzung
über die Erhebung von Verwaltungskosten
für Amtshandlungen im eigenen Wirkungskreis
im Landkreis Regen
- Kostensatzung -**

Das Kommunalunternehmen „Abfallwirtschaft Donau-Wald, Anstalt des öffentlichen Rechts“ erlässt aufgrund Art. 23 und Art. 89 Abs. 2 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) in Verbindung mit der Unternehmenssatzung für das Kommunalunternehmen Abfallwirtschaft Donau-Wald, Anstalt des öffentlichen Rechts in der Fassung der 2. Änderungssatzung vom 26. März 2010, folgende Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten für Amtshandlungen im eigenen Wirkungskreis:

§ 1

Das Kommunalunternehmen „Abfallwirtschaft Donau-Wald, Anstalt des öffentlichen Rechts“ erhebt für die in der Unternehmenssatzung des Zweckverband Abfallwirtschaft Donau-Wald übertragenen Aufgaben, die sie in Ausübung hoheitlicher Gewalt vornimmt (Amtshandlungen), Kosten (Gebühren und Auslagen).

§ 2

¹Die Höhe der Gebühren bemisst sich nach dem Kostenverzeichnis (Kostenverzeichnis AKU Donau-Wald, KVz-AKU Donau-Wald), das Anlage zu dieser Satzung ist. ²Für Amtshandlungen, die nicht im Kostenverzeichnis enthalten sind, wird eine Gebühr erhoben, die nach im Kostenverzeichnis bewerteten vergleichbaren Amtshandlungen zu bemessen ist. ³Fehlt eine vergleichbare Amtshandlung, beträgt die Gebühr 5 bis 25.000 Euro.

§ 3

Diese Satzung tritt nach Bekanntmachung im Amtsblatt der Regierung von Niederbayern in Kraft.

Außernzell, 8. Dezember 2010
KOMMUNALUNTERNEHMEN ABFALLWIRTSCHAFT
DONAU-WALD,
ANSTALT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

Karl-Heinz Kellermann
Vorstand

**Anlage zur Kostensatzung
des Kommunalunternehmens „Abfallwirtschaft Donau-Wald, Anstalt des öffentlichen Rechts“**

**Kostenverzeichnis AKU Donau-Wald
(KVz-AKU Donau-Wald)**

Tarif- gruppe	Tarif- Nr.	Gegenstand	Gebühr in Euro (€)
0		Allgemeine Verwaltung	
		Allgemeine Amtshandlungen	
		Vorschriften der Tarifgruppe 01 bis 8 des Kostenverzeichnisses gehen den Vorschriften der Tarifgruppe 00 vor.	
00	001	Beglaubigungen Beglaubigungen von Abschriften, Fotokopien und dgl. von eigenen Urkunden	0,75 € je angefangene Seite, mindestens 5 € Werden mehrere gleichlautende Abschriften, Fotokopien u. dgl. gleichzeitig beglaubigt, so kann die für die zweite und jede weitere Beglaubigung zu erhebende Gebühr auf die Hälfte, jedoch nicht auf weniger als 5 € ermäßigt werden.
00	002	Einsicht in Akten und amtliche Bücher Einsicht in Akten und Bücher, soweit diese nicht in einem gebührenpflichtigen Verfahren gewährt wird. Die Gebühr erhöht sich um die Hälfte, wenn seit dem Abschluss der Akten und Bücher mehr als zehn Jahre vergangen sind. Gebührenfrei ist die Einsicht in Rechtsvorschriften, Flächennutzungspläne, Beteiligungsberichte und sonstige für die Unterrichtung der Öffentlichkeit bestimmte Schriftstücke oder Pläne.	0,75 € je Akt oder Buch, mindestens 5 €
00	003	Zweitschriften Erteilung einer Zweitschrift, Fotokopie	0,50 € je angefangene Seite, mindestens 5 €
00	004	Niederschriften Aufnahme einer Niederschrift (z. B. für Antrag auf Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang)	7,50 € bis 75 € für jede angefangene Stunde
02		Besondere Amtshandlungen	
		Finanzverwaltung	
	021	Amtshandlungen im Vollstreckungsverfahren	
		1. Androhung von Zwangsmitteln (Art. 36 VwZVG), soweit sie nicht mit dem Verwaltungsakt verbunden ist, durch den die Handlung, Duldung oder Unterlassung aufgegeben wird.	12,50 € bis 150 €
		2. Anwendung der Zwangsmittel Ersatzvornahme (Art. 32, 35 VwZVG) oder unmittelbarer Zwang (Art. 34, 35 VwZVG)	50 € bis 2.500 €
		3. Entscheidung über unzulässige oder unbegründete Einwendungen gegen die Vollstreckung, die den zu vollstreckenden Anspruch betreffen (Art. 21 VwZVG)	
		3.0 bei Geldansprüchen	50 % der Pfändungsgebühr nach § 339 Abs. 4 AO 1977, mindestens 10 €
		3.1 Sonstiges	12,50 € bis 200 €
03	031	Anmahnung rückständiger Beträge	5 € bis 150 €
7		Öffentliche Einrichtungen	
	700	Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang	10 € bis 400 €
	701	Erlaubnis- oder Ausnahmegewilligung aufgrund einer Satzung	10 € bis 1.250 €
	702	Nachträgliche Auflagen, Rücknahme bzw. Widerruf einer Erlaubnis oder Ausnahmegewilligung nach Tarif-Nr. 701	10 € bis 600 €
	703	Anordnungen zur Erfüllung einer satzungsmäßigen Verpflichtung	10 € bis 600 €

Naturschutz

**Verordnung
zur Änderung der Verordnung
über das
„Landschaftsschutzgebiet Bayerischer Wald“
Vom 13. Dezember 2010**

Aufgrund von Art. 10 Abs. 2 Satz 1 und Art. 45 Abs. 2 Satz 3 des Bayerischen Naturschutzgesetzes - BayNatSchG -, in der Fassung vom 23. Dezember 2005 (GVBl 2006, S. 2), erlässt der Landkreis Straubing-Bogen folgende

Verordnung:

§ 1

Die Verordnung über das „Landschaftsschutzgebiet Bayerischer Wald“ vom 17. Januar 2006 (RABI Nr. 2/2006) wird in § 2 Abs. 1 und in Abs. 2 Satz 1 um folgenden Unterpunkt ergänzt:

„y) in der Gemeinde Haibach vom 13. Dezember 2010“.

§ 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Bekanntmachung im Amtsblatt des Landkreises Straubing-Bogen in Kraft.

Straubing, 13. Dezember 2010
LANDKREIS STRAUBING-BOGEN

Alfred Reisinger
Landrat

Anlage

2 Karten M 1 : 100.000 / 25.000

Hinweis:

Nach Art. 46 Abs. 7 BayNatSchG ist eine Verletzung der Vorschriften des Art. 46 Abs. 1 bis 6 BayNatSchG unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres nach Bekanntmachung der Rechtsverordnung schriftlich unter Angabe der Tatsachen, die die Verletzung begründen sollen, bei der für den Erlass zuständigen Behörde geltend gemacht wird.

**Verordnung
zur Änderung der Verordnung
über das
„Landschaftsschutzgebiet Bayerischer Wald“
Vom 15. Dezember 2010**

Aufgrund von Art. 11 Abs. 2 in Verbindung mit Art. 10 und Art. 45 Abs. 2 Satz 3 des Bayerischen Naturschutzgesetzes - BayNatSchG - (BayRS 791-1-U), in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Dezember 2005 (GVBl 2006, S. 2), erlässt der Landkreis Regen folgende

Verordnung:

§ 1

Die Verordnung über das „Landschaftsschutzgebiet Bayerischer Wald“ vom 21. November 2000 (RABI Nr. 17/2000), zuletzt geändert durch Verordnung vom 16. August 2010 (RABI Nr. 13/2010), wird in § 2 Abs. 1 und in Abs. 2 Satz 1 jeweils um folgenden Unterpunkt ergänzt:

„z) im Markt Bodenmais vom 15. Dezember 2010“.

§ 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Regen in Kraft.

Regen, 15. Dezember 2010
LANDKREIS REGEN

Heinz Wöfl
Landrat

Anlage

3 Karten M 1 : 100.000 / 25.000 / 5.000

Hinweis:

Nach Art. 46 Abs. 7 BayNatSchG ist eine Verletzung der Vorschriften des Art. 46 Abs. 1 bis 6 BayNatSchG unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres nach Bekanntmachung der Rechtsverordnung schriftlich unter Angabe der Tatsachen, die die Verletzung begründen sollen, bei der für den Erlass zuständigen Behörde geltend gemacht wird.

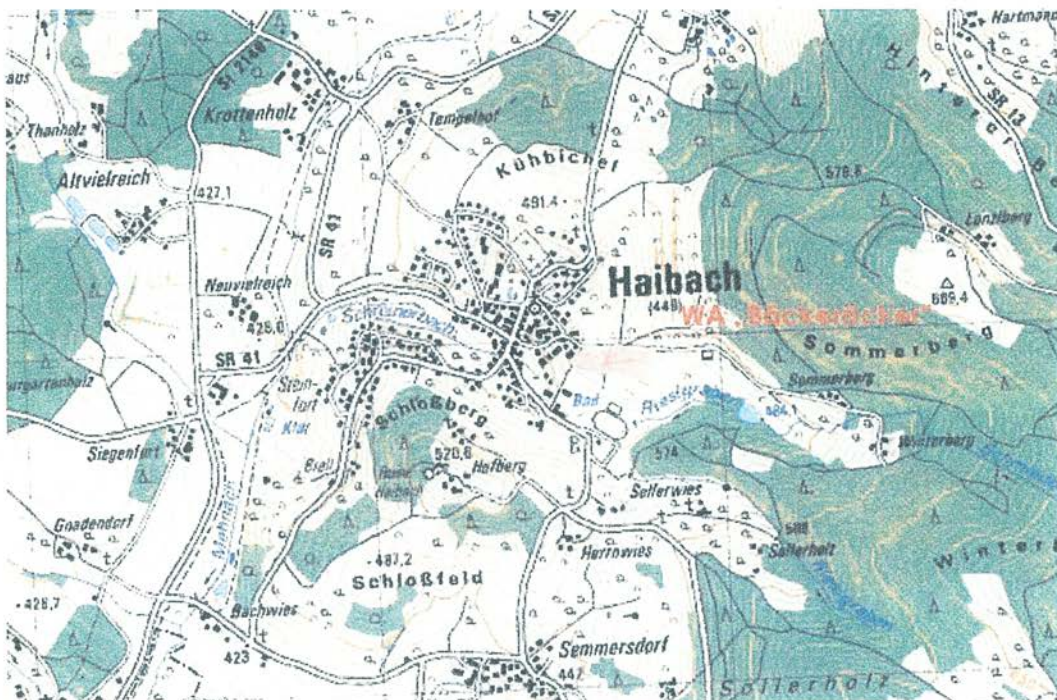


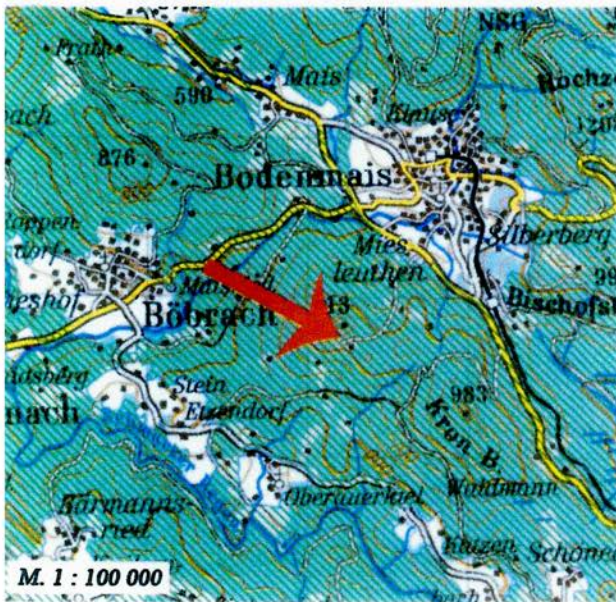
Anlage
zur
Verordnung vom 13.12.2010
Änderung der Verordnung
über das
„Landschaftsschutzgebiet Bayerischer Wald“

Karten zur Änderung des Landschaftsschutzgebietes:
M 1:100.000 (zu § 2 Abs. 1 Satz 2 der Verordnung vom 21.11.2000)
M 1: 25.000 (zu § 2 Abs. 2 Satz 1 der Verordnung vom 21.11.2000)

Verkleinerung des Landschaftsschutzgebietes
(früher Schutzzone)
in der Gemeinde Haibach
Landkreis Straubing-Bogen



Landkreis Straubing-Bogen
Alfred Reisinger
Landrat





**Kartenbeilage zur Verordnung vom
zur Änderung der
Verordnung über das Landschaftsschutzge-
biet „Bayerischer Wald“**

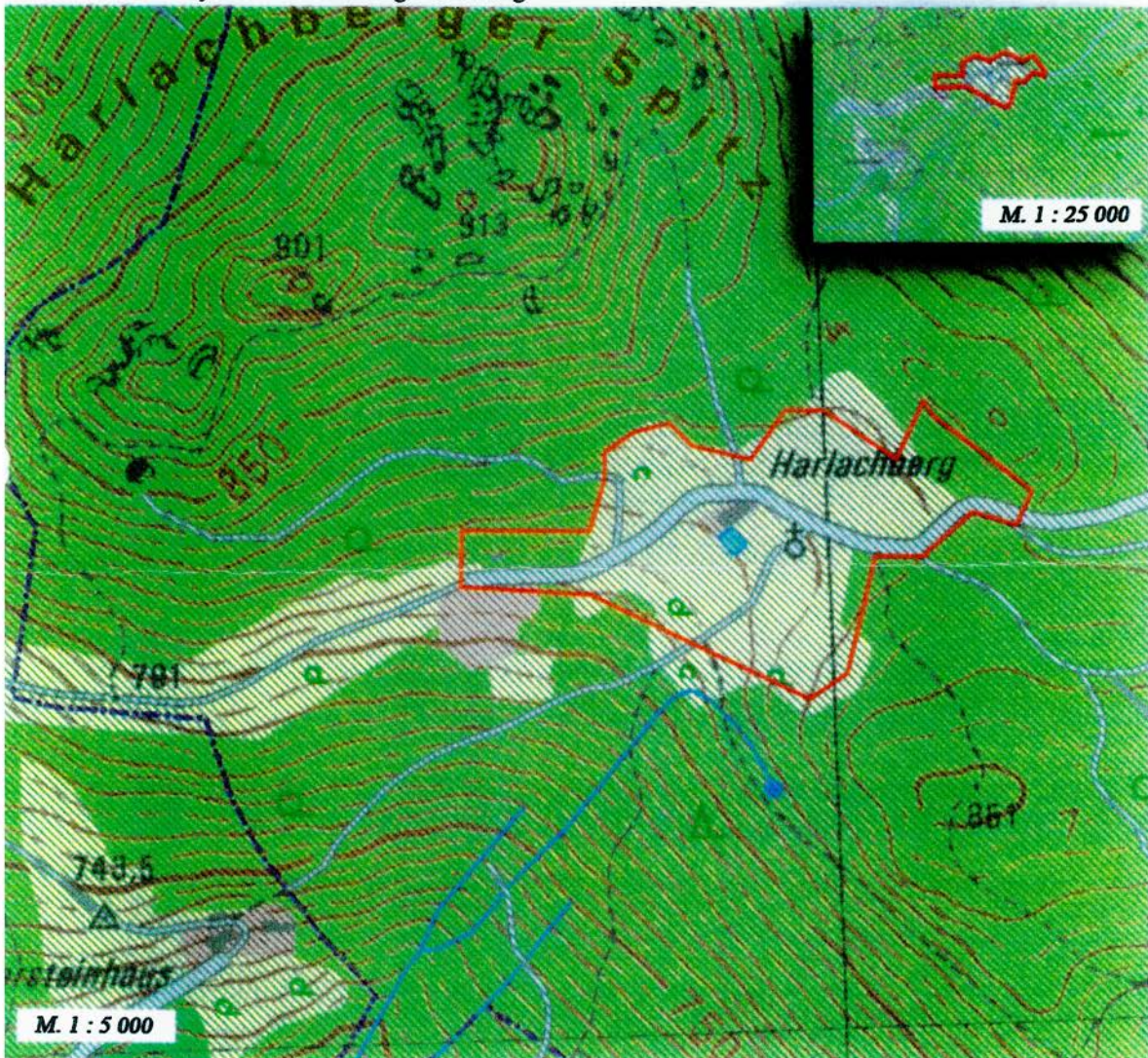
Karten zur Änderung des Landschaftsschutzgebiets
M. 1 : 100 000 (zu §2 Abs. 1 der Verordnung)
M. 1 : 25 000 (zu §2 Abs. 2 der Verordnung)
M. 1 : 5 000

-  Verkleinerung des Landschafts-
schutzgebiets auf dem Harlachberg
-  Landschaftsschutzgebiet

Landkreis Regen

Wölf
Landrat

Geobasisdaten © Bayerische Vermessungsverwaltung



Schulwesen

**Verordnung über die Volksschulorganisation
in der Stadt Straubing und in den
Gemeinden Aiterhofen und Feldkirchen,
Landkreis Straubing-Bogen
Vom 12. Januar 2011, Nr. 44-5101-40**

Aufgrund von Art. 26 Abs. 1, Art. 29 und Art. 7 Abs. 9 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, ber. S. 632, BayRS 2230-1-1-UK), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2010 (GVBl S. 334), erlässt die Regierung von Niederbayern folgende

Verordnung:

§ 1

Die Volksschulen in der Stadt Straubing führen die folgenden amtlichen Bezeichnungen:

Grundschule St. Jakob Straubing
Grundschule St. Josef Straubing
Grundschule St. Peter Straubing
Grundschule St. Stephan Straubing-Alburg
Grundschule Straubing-Ittling
Grundschule Ulrich Schmidl Straubing

Mittelschule St. Josef Straubing
Mittelschule St. Stephan Straubing-Alburg
Mittelschule Straubing-Ittling
Mittelschule Ulrich Schmidl Straubing.

§ 2

Diese Verordnung tritt rückwirkend zum 1. August 2010 in Kraft.

Landshut, 12. Januar 2011
REGIERUNG VON NIEDERBAYERN

Heinz Grunwald
Regierungspräsident

**Verordnung über die Volksschulorganisation
in den Märkten Fürstenzell, Ortenburg, Ruhstorf
a.d. Rott und der Gemeinde Neuburg a. Inn,
Landkreis Passau
Vom 14. Januar 2011, Nr. 44-5103/160-1**

Aufgrund von Art. 26 Abs. 1, Art. 29 und Art. 7 Abs. 9 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, ber. S. 632, BayRS 2230-1-1-UK), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2010 (GVBl S. 334), erlässt die Regierung von Niederbayern folgende

Verordnung:

§ 1

(1) ¹Die mit Verordnung vom 26. August 1980, Nr. 240-3055 g 165 PA, (RABI Nr. 24/1980, S. 82) errichtete Volksschule Neuburg a. Inn (Grundschule) erhält die Bezeichnung Grundschule Neuburg a. Inn. ²Sitz der Schule ist die Gemeinde Neuburg a. Inn.

(2) Der Sprengel der Grundschule Neuburg a. Inn umfasst in Bezug auf die Jahrgangsstufen 1 mit 4 das Gebiet der Gemeinde Neuburg a. Inn.

§ 2

Der Sprengel der Grundschule Fürstenzell gemäß § 1 Abs. 2 der Verordnung vom 18. August 2010, Nr. 44-5103/064-16, (RABI Nr. 12/2010, S. 106) umfasst in Bezug auf die Jahrgangsstufen 1 mit 4:

- a) das Gebiet des Marktes Fürstenzell.
- b) die Gemeindeteile Breitenreut, Elexenbach, Greil, Hierling, Höfl, Kronöd, Linden, Schmelzöd und Schwiewag aus dem Markt Ortenburg.
- c) die Gemeindeteile Anger, Asenham, Euling und Liegharting aus dem Markt Ruhstorf a.d. Rott.

§ 3

Diese Verordnung tritt zum 1. August 2011 in Kraft.

Landshut, 14. Januar 2011
REGIERUNG VON NIEDERBAYERN

Heinz Grunwald
Regierungspräsident

**Verordnung über die Volksschulorganisation
in den Märkten**

**Aidenbach, Hofkirchen, Ortenburg und Windorf,
den Städten**

**Bad Griesbach i. Rottal und Vilshofen,
den Gemeinden Aldersbach, Beutelsbach und
Haarbach, Landkreis Passau,
der Gemeinde Egglham, Landkreis Rottal-Inn, und
der Gemeinde Künzing, Landkreis Deggendorf
Vom 18. Januar 2011, Nr. 44-5106-6**

Aufgrund von Art. 26 Abs. 1, Art. 29 und Art. 7 Abs. 9 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, ber. S. 632, BayRS 2230-1-1-UK), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2010 (GVBl S. 334), erlässt die Regierung von Niederbayern folgende

Verordnung:

§ 1

1. Der Sprengel der Mittelschule Vilshofen St. Georg, zuletzt beschrieben in § 5 der Verordnung vom 20. Mai 2005, Nr. 540-5102/067-7 (RABI Nr. 8/2005, S. 79), in der Fassung der Verordnung vom 5. August 2010, Nr. 44-5106/905-1 (RABI Nr. 12/2010, S. 101), wird aufgehoben und neu beschrieben.
2. Der Sprengel der Mittelschule Vilshofen St. Georg umfasst in Bezug auf die Jahrgangsstufen 5 mit 9
 - a) das Gebiet der Stadt Vilshofen,
 - b) das Gebiet des Marktes Windorf ohne die Orte Gottholling, Kerschbaum, Silling und Weiding,
 - c) das Gebiet des Marktes Hofkirchen und
 - d) aus der Gemeinde Aldersbach die Orte Adenberg, Karglöd und Seier.

§ 2

1. Der Sprengel der Mittelschule Ortenburg, zuletzt beschrieben in § 4 der Verordnung vom 13. Juni 2005, Nr. 540-510/080-9 (RABI Nr. 9/2005, S. 97), in der Fassung der Verordnung vom 12. August 2010, Nr. 44-5103/916-1 (RABI Nr. 12/2010, S. 102), wird aufgehoben und neu beschrieben.
2. Der Sprengel der Mittelschule Ortenburg umfasst in Bezug auf die Jahrgangsstufen 5 mit 9
 - a) aus dem Markt Ortenburg die Orte Ackersberg, Aisterham, Aunberg, Bärndobl, Binderung, Blindham, Buchet, Butzenberg, Demmlstadl, Drittenthal, Galla, Gassenmann, Gießhübl, Hasling, Heimpering, Hilking, Hochhaus, Holzkirchen, Irgenöd, Isarhofen, Jaging, Kallöd, Kaltenöd, Klugsöd, Knadlarn, Kollmann, Kronthal, Kühnhügl, Leingart, Lengfelden, Maierhof, Neustift, Nicklgut, Niederham, Oberiglbach, Oberoh, Ottenöd, Parschalling, Rammelsbach, Röhrn, Sammarei, Schalkham, Schallnöd, Schöföbach, Schwaibach, Spiegel, Thal, Unteroh, Unterthannet, Urlmanning, Wackersberg, Wolfa und Zell,
 - b) aus der Gemeinde Haarbach die Orte Dobl, Freudenberg, Halmöd, Hof, Hofstetten, Kleintann, Kronholz, Kronöd, Langdobl, Raining und Wies.

§ 3

Diese Verordnung tritt am 1. August 2011 in Kraft.

Landshut, 18. Januar 2011
REGIERUNG VON NIEDERBAYERN

Heinz Grunwald
Regierungspräsident